

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

24.11.1927 (No. 274)

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 963
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einchl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pfg. - Samstag 15 Pfg. - Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, Karlsruher Zeitung Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Kontroversen fällt der Fall die Zeitung verpachtet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. - Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzte Nachrichten
Gegen die Gefahren im Osten

* Berlin, 24. Nov. (Priv.-Tel.)

Zwischen Deutschland, Frankreich und England auf der einen Seite, und Polen und Litauen auf der anderen Seite, schweben zur Zeit Verhandlungen, um die sich bedrohend zu spitzenden Ostfragen zu klären, die in den letzten Tagen durch die Fahrt Bismarcks nach Wilna noch eine Verschärfung erfahren haben. Eine materielle Mitwirkung der Mächte an diesen Ostfragen ist nicht beabsichtigt, wohl aber eine Vermittlung. Man wird wahrscheinlich in Genf eine Kommission einsetzen, um diese Fragen zu klären.

Die Kleinrentnerfürsorge

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags gab heute der Reichsarbeitsminister anlässlich des demokratischen Antrags zu einem Rentnerfürsorgegesetz die Erklärung ab, daß die Belastung, die über 200 Millionen ausmache, die Antragsteller veranlassen möge, ihren Antrag zurückzuziehen. Die Frage müsse von der Regierung im Zusammenhang mit dem Etat behandelt werden. Der Minister gab Mißstände zu und erklärte namens der Reichsregierung, daß sie mit den Länderregierungen in Verhandlungen eintreten wolle, um durch reichsgesetzliche Regelung den Kleinrentnern eine Handhabe zu geben. Außerdem sollen die 25 Millionen, die im Etat dafür noch vorgesehen sind, sofort ausgeschüttet werden. Auch will die Regierung im Einvernehmen mit den Ländern von Artikel 15 der Reichsverfassung Gebrauch machen und ihr Aufsichtsrecht ausüben.

Bratianu †

Der rumänische Ministerpräsident Bratianu ist heute, Donnerstag morgen 7 Uhr, wie aus Bukarest gemeldet wird, plötzlich gestorben. Er war an einer Mandelentzündung erkrankt und hatte sich einer leichten Operation unterziehen müssen. Sein Zustand wurde noch am Mittwoch als gut bezeichnet.

Auf die Nachricht von dem Tod Bratianus trat das Kabinett sofort zurück. Der Regenschaftsrat beauftragte den Finanzminister Vintila Bratianu, ein neues Kabinett zu bilden, das die gleiche Zusammensetzung wie das bisherige hat. Die Minister sind bereits vereidigt worden.

Bukarest, 24. Nov. (Tel.) Der Tod Bratianus ist sehr überraschend gekommen. Nach einer Halsentzündung, der vorerst nicht allzu große Bedeutung beigegeben wurde, mußte sich Ministerpräsident Bratianu gestern vormittag einem kleinen operativen Eingriff unterziehen. Nach vorübergehender Besserung traten nachmittags Erstickungsanfälle auf, nach denen eine neuerliche Operation vorgenommen und eine Kanüle eingeführt wurde. Als die anschließende Blutanalyse das Vorhandensein von Streptokokken ergab, wurden sämtliche hervorragenden Chirurgen der Stadt an das Krankenlager gerufen, die nach einem Konzilium den Zustand Bratianus als hoffnungslos bezeichneten. Das letzte mitternachts abgehaltene Arztekonzilium gelangte zu der Ansicht, daß Bratianu kaum bis zum Morgen am Leben bleiben werde. Sämtliche Minister hatten sich bei Bratianu, der bereits das Bewußtsein verloren hatte, eingefunden. Ein im Hause des Patienten abgehaltener Ministerrat hat Beschlüsse für die reiflose Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung gefaßt.

Litwinow und Lunarscharski in Berlin

WW. Berlin, 24. Nov. (Tel.) Die beiden russischen Delegierten Litwinow und Lunarscharski sind gegen Mittag in Berlin auf der Durchreise nach Genf eingetroffen.

Strafverfolgung des Abg. Streicher

WW. München, 24. Nov. (Tel.) Der Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung, die vom Justizministerium nachgesuchte Verurteilung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Nürnberger Abgeordneten Streicher wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters von Nürnberg, Luppe, in einer öffentlichen Versammlung, zu erteilen. Für Verfassung der Genehmigung stimmten die Kommunisten, Nationalsozialisten, Sozialisten und Deutschdemokraten.

Bellegung des Streiks in der Saarländischen Schwerkindustrie

WW. Saarbrücken, 24. Nov. (Tel.) Die Regierungskommission hat den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen heute mitgeteilt, daß es ihr gelungen sei, die Arbeitgeber zur Annahme des Schiedspruches zu bewegen. Da der Streik von den Organisationen nur die Durchführung des Schiedspruches zum Ziel hatte, so fällt mit seiner Annahme durch die Arbeitgeber der Grund zur Fortführung des Streiks fort, und die Organisationen haben ihren Mitgliedern die Aufnahme der Arbeit empfohlen. Dieser Beschluß kann um so leichter ausgeführt werden, als Maßregelungen wegen des Streiks seitens der Arbeitgeber nicht erfolgen werden.

Wahl des badischen Staatspräsidenten
Innenminister Dr. Kemmele Staatspräsident - Finanzminister Dr. Schmitt Stellvertretender Staatspräsident

Badischer Landtag

D.3. Karlsruhe, 23. Nov.

auf der Tagesordnung der
Nachmittagsitzung

steht als einziger Punkt
die Wahl des Staatspräsidenten
und seines Stellvertreters.

Die Publikumstribüne ist wiederum dicht besetzt. Präsident Dr. Baumgartner gibt zunächst den Eingang förmlicher Anfragen der Sozialdemokraten und Kommunisten betr. die Hochwassererschäden bekannt und richtet sodann an den bisherigen Staatspräsidenten Dr. Trunt folgende Ansprache:

Nach den Bestimmungen unserer Verfassung ist mit dem heutigen Tage die Dauer Ihres Amtes als Staatspräsident abgelaufen. Ich benütze diese Gelegenheit, um Ihnen für Ihre dem Staate und unserem Volke in Ihrem Amte als Staatspräsident geleisteten ausgezeichneten Dienste, sowie Ihre vorbildliche, treue und gewissenhafte Pflichterfüllung und die dadurch gewährleistete Förderung und Führung der Staatsgeschäfte den verbindlichsten Dank und die Anerkennung der badischen Volksvertretung und damit des badischen Volkes auszusprechen.

Meine Damen und Herren! Es obliegt uns nun die Neuwahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters. Die Stimmzettel, auf die ich mit Ihrem Einverständnis beide Wahlen vereinigt habe, sind bereits verteilt. Wir schreiten also zur Wahl. (Lebhafte Beifall.)

Abg. D. Mayer-Karlsruhe, daß sich die Fraktion der Bürgerlichen Vereinigung aus schon früher mitgeteilten Gründen der Stimme enthalte. Eine persönliche Spitze liege darin aber nicht.

Abg. Bod (Komm.) gibt eine Mißtrauenserklärung gegen die Regierung ab.

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

Für Innenminister Dr. Kemmele als Staatspräsident 48 Stimmen und 2 weiße Zettel, für Finanzminister Dr. Schmitt als stellv. Staatspräsident 49 Stimmen und 21 weiße Zettel. Beide nehmen die Wahl an.

Der Präsident richtet an den neugewählten Staatspräsidenten folgende Worte:

Sie haben Ihre Zustimmung gegeben zur geläufigen Wahl. Wir betrachten dieses Ihr Jawort gleich einem Eide, daß Sie die mit Ihrem neuen Amte als Staatspräsident verbundenen Pflichten und Aufgaben gemäß der Reichs- und Landesverfassung und gemäß den Gesetzen verwalten werden. Wir sind überzeugt, daß Sie die gleiche Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit, mit der Sie Ihr Amt als Minister des Innern verwalteten, auch in Ihrem neuen Amte bewahren werden. Ich spreche Ihnen und dem Herrn Stellvertreter die besten und aufrichtigsten Glückwünsche zu den neuen Ämtern aus. (Lebhafte Beifall.)

Staatspräsident Dr. Kemmele

Schon einmal besah ich das Vertrauen als Staatspräsident. Damals befand sich Deutschland im Zustande furchtbarer schmerzlicher Not. Wir hatten den Ruhrkampf und waren auf dem Höhepunkt der Inflation. Seitdem ging es bergan. Aber noch ist es trotz guter Wirtschaftsjunktur nur ein Silberstreifen, der uns den Weg aus Nimmerland und Sorge anzeigt. Die für das Leben von Reich und Ländern und Gemeinden erforderliche Finanzbede ist zu schmal, zu kurz, um die Höhen aller Beden zu können. Die kommende Budgetperiode wird eine harte werden. In voller Erkenntnis der dem Lande harrenden Aufgaben nehme ich die heute auf mich gefallene Wahl als Staatspräsident an. In altgewohnter Pflichterfüllung will ich, so wie es mein Amtsvorgänger tat, dieses Amt verwalten. Für das durch die Wahl mir erwiesene Vertrauen danke ich von ganzem Herzen.

Die Ansprache wird mit lebhaften Bravorufen aufgenommen.

Der Präsident teilt noch mit, daß eine kurze Anfrage der Demokraten wegen Gleichstellung der Alt- und Neupensionäre eingegangen sei, und erbittet die Ermächtigung, den Tag der nächsten Sitzung zu bestimmen. Dies geschieht.

Schluss der Nachmittagsitzung gegen 5 Uhr.

Dem scheidenden Staatspräsidenten Dr. Trunt

widmet der „Bad. Beobachter“ folgende anerkennenden Worte, die sich auf die Zustimmung der erdrückenden Mehrheit der badischen Bevölkerung rechnen können:

„Justizminister Dr. Trunt hat bereits dreimal das Amt des badischen Staatspräsidenten versehen. In den neun Jahren, in denen Dr. Trunt Mitglied der Regierung ist, ist es ihm gelungen, weitgehendste Sympathien sich zu erwerben durch die ausgeglichene, sachliche und rein pflichtgemäße Einstellung, mit der er an die mannigfaltigen Aufgaben der Nachkriegszeit herangegangen ist. Sein ganzes Wirken diente nicht der Herbeiführung von Scheinerfolgen, sondern dem Ideal des wahren Volkstaates, unter Hintansetzung alles Persönlichen. Durch seine ausgeglichene und vermittelnde Art hat Dr. Trunt es immer verstanden, eine Linie zu finden, auf der sich alle finden konnten. Dieser vornehme und verhältnißlose Geist ermöglichte es, die berechtigten Interessen aller Schichten und Gruppen der Bevölkerung in vorbildlicher Form zu vertreten.“

Wenn im Verlaufe eines Zeitraumes von beinahe zwei Jahren sich die Regierungsgeschäfte ohne ernste Reibungen abwickeln konnten, so verdanken wir dies hauptsächlich der klugen Art des scheidenden Staatspräsidenten.

Seinen Glaubens- und Parteifreunden war Herr Dr. Trunt als praktischer Katholik jederzeit ein erhebendes Vorbild, ohne daß Andersdenkende sich beläßt fühlen konnten.

Es war wohl ein Höhepunkt seiner Amtszeit, als Dr. Trunt den badischen Staat bei der bedeutungsvollen Jahrhundertfeier der Erzdiözese in würdiger und bemerkenswerter Weise vertrat. Es sei nur erinnert an die von Prälat Dr. Schofer als „staatsmännische Rede ersten Ranges“ charakterisierte Ansprache in der Stadthalle zu Freiburg, mit ihrem Höhepunkt der Proklamation „der freien Kirche im freien Staat“.

Als im Laufe des Jahres die Schulfrage zur Behandlung stand, trat die ausgeglichene Tätigkeit des Ministers in bester Weise, so daß ein einheitlicher Staatswille zum Ausdruck kommen konnte.

Zu dem aktuellen Fragenkomplex von Reich und Ländern, Einheitsstaat oder Föderalismus, konnte Dr. Trunt den gesamtbadischen Standpunkt wiederholt mit Nachdruck vertreten, und zwar mit sachlichen Gründen, die auch die Zustimmung der übrigen Kabinettsmitglieder fanden. Gegenüber den Berliner Stellen wurden immer wieder die schädlichen Folgen der neuen Grenzziehung zwischen Frankreich und Baden betont, die bedauerliche Veränderung unserer wirtschaftlichen Situation geschilbert und durch unermüdete Verhandlungen mit den Nachbarländern, der Reichsbahn, um nur diese zu nennen, Abhilfe gesucht.

Für alle diese Arbeiten im Dienste unserer badischen Heimat sei dem scheidenden Staatspräsidenten herzlich Dank gesagt. Wenn auch Dankbarkeit im politischen Leben eine feltene Blume sein soll, so darf Minister Dr. Trunt doch versichert sein, daß Tausende ihm für sein Wirken aufrichtigen Dank wissen.“

Staatspräsident Dr. Adam Kemmele

Geboren am 26. Dezember 1877 in Alt-Meudorf, erlernte Kemmele nach dem Besuch der Volksschule in Ludwigsbagen a. Rh. das Müllerhandwerk. Er betätigte sich schon früh in der Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteibewegung. 1908 trat er in die Redaktion der „Rannheimer Volksstimme“ ein. Er wurde Mitglied der städtischen Kollegien und der Kreisversammlung. In den Tagen der Staatsumwälzung wirkte Kemmele als Landsturmmann in Donaueschingen. Er folgte alsbald dem Rufe seiner Partei auf einen verantwortungsvollen Posten, wurde Mitglied der Nationalversammlung und nach Zusammentritt des ersten Landtages am 2. April 1919 als Minister des Innern berufen. Nunmehr hat ihn der Landtag zum zweiten Mal das Amt des Staatspräsidenten übertragen. Nach dem Weggange Sellpads und dem Ausscheiden der Demokraten aus der Regierung vertrat Kemmele ein Jahr lang auch das Ministerium des Kultus und Unterrichts. In diese Zeit fällt bekanntlich die Grundsteinlegung der Freiburger Kliniten, bei welcher Gelegenheit Herrn Kemmele die Würde eines Dr. med. h. c. verliehen wurde.

Der stellvertretende Staatspräsident

Finanzminister Dr. Schmitt

ist 1874 zu Landau geboren. Nach dem juristischen Studium schlug er zunächst die Richterlaufbahn ein und kam 1900 als Amtsrichter nach Borsberg. 1901 wurde Dr. Schmitt als Kollegialmitglied in den katholischen Oberprüfungsrat nach Karlsruhe berufen. Er war zuletzt Präsident dieser Behörde. Mit der Übernahme des Amtes als Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium für den zur Ruhe gesetzten Geheimrat Dr. Schmitt legte Dr. Schmitt sein Landtagsmandat nieder. Nach dem Weggang des zum Reichsfinanzminister berufenen Minister Dr. Köhler wurde er zu Anfang dieses Jahres auf Vorschlag der Zentrumsfraktion zum badischen Finanzminister gewählt.

Landtagspräsident D. Eugen Baumgartner

Der als Präsident des Landtages wiedergewählte Zentrumsabgeordnete für den III. Wahlkreis (Freiburg) ist geboren am 21. August 1879 in Freiburg i. Br., wo er auch die Volksschule und das Gymnasium besuchte und den juristischen und philosophischen Studien oblag, in welchen Fächern er promovierte. Nach dem philologischen Staatsexamen im Jahre 1903 wirkte Dr. Baumgartner zunächst als Lehramtspraktikant an den Gymnasien Vörsach und Freiburg i. Br. und von 1908-1911 als Professor am Lehrerseminar Ettlingen. Die Jahre 1911-1919 sehen ihn als Kreisrath in Schopfheim und Emmendingen. In letzterer Stadt zog er 1919 in den Bürgerausschuß und Bezirksrat. Am 1. Oktober 1919 erfolgte seine Berufung als Vortragender Rat und Ministerialrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts. Dem Landtag gehört Dr. Baumgartner seit September 1920 an. Die Zentrumsfraktion hat ihn in verschiedene Ausschüsse delegiert; 1922-1924 führte er den Vorsitz im Verfassungsausschuß. 1923 wurde er erstmals an die Spitze des Landtagspräsidenten berufen. Mit den Mitgliedern der Regierung wohnte er am 6. November vorigen Jahres der Grundsteinlegung der Freiburger Kliniten bei, aus welchem Anlaß die Auszeichnung mit der Würde eines Ehrendoktors der Medizin erfolgte. Dr. Baumgartner ist auch mit verschiedenen Publikationen über die Fragen der Staatsvereinfachung, des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und der Verbesserung hervorgetreten.

1. Vizepräsident Emil Raier

Geboren am 11. August 1876 in Dunningen (Württemberg), Stadtrat in Heidelberg, wurde 1919 von der sozialdemokratischen Partei in die Nationalversammlung gewählt. Er gehörte seitdem auch dem Landtag an und vertritt seine Fraktion im Landständischen Ausschuss. Herr Raier ist gelernter Buchdrucker und war von 1904—1908 Redakteur der Mannheimer „Vollstimme“, später Parteisekretär. Nach dem Ausschcheiden der Demokraten aus der Koalition bekleidete er vorübergehend das Amt eines Staatsrates.

2. Vizepräsident von Au

Geboren am 24. Dezember 1869 in Duchenfeld (Amt Hfzheim) ergriff von Au den Lehrerberuf. Er wirkte heute als Oberlehrer in Mannheim. 1921 auf der Landesliste der Wirtschaftlichen Vereinigung in den Landtag gewählt, war er dort zunächst Gast des Landbundes. Heute gehört er zur Fraktionsgemeinschaft der Bürgerlichen Vereinigung, die ihn als drittgrößte Fraktion 1925/26 für den Posten des II. Vizepräsidenten in Vorschlag brachte. Von Au ist Vorsitzender des Landesauschusses der Wirtschaftlichen Vereinigung und des Landesverbandes badischer Grund- und Hausbesitzervereine.

Deutscher Reichstag

LDZ. Berlin, 23. Nov.

Auf der Tagesordnung steht

die dritte Beratung des deutsch-französischen Handelsabkommens

Abg. Kling (B. Vgg.) erklärt, die Wirtschaftliche Vereinigung könne dem Abkommen nicht zustimmen, weil darin die Interessen weiter Wirtschaftskreise, vor allem des Weinbaues und Gartenbaues, nicht gewahrt seien.

Abg. Gräfe (Bölk.) erklärt, daß aus den gleichen Gründen auch die Volkischen das Abkommen ablehnen würden.

Das Abkommen wird darauf in dritter Lesung gegen die beiden völkischen Gruppen und die Wirtschaftliche Vereinigung bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Ohne Aussprache wird dann in dritter Lesung der deutsch-französische Vertrag über die Regelung der Grenzverhältnisse angenommen.

Es folgt

die erste Beratung des Handels- und Schiffsverkehrsvertrages mit Jugoslawien.

Abg. Frau Sender (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie stets für den Abschluß langfristiger Handelsverträge eingetreten sei. Sie müsse sich aber entschieden gegen die Art und Weise wenden, wie die Handelsverträge benutzt werden, um auf Schlechtem Wege eine Erhöhung der Lebensmittelpreise durchzuführen. Der jugoslawische Vertrag werde jetzt benutzt, um den Zoll auf Industriemaschinen auf 5 % zu erhöhen. Besonders peinlich sei bei dieser Aktion zugunsten der kleinen Gruppe der Kartoffelstärkefabrikanten, daß der Reichsernährungsminister Schiele an der Scholten A.G. mit Kartoffelstärkefabriken mit Kapital beteiligt sei. Die vom Minister Schiele verbreitete Behauptung, die Scholten A.G. verarbeite in der Hauptsache Mais, bezeichnet die Rednerin als eine Fälschung der Öffentlichkeit. Sie erklärt, es stehe fest, daß die Scholtenfabrik Schiele ursprünglich gehört und dieser sie verkauft habe. Wir stellen nunmehr fest: Kaum je zuvor sind persönliche Interessen mit der Politik so verquickt worden, so wie hier. Bei einem Minister ist eine solche Verquickung unerträglich. Die Politik des Ministers Schiele steht aber im schroffen Gegensatz zu der des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, der für den Zollabbau eintritt.

Reichsernährungsminister Schiele: Seit 1920 bin ich an der Kartoffelstärkefabrik Scholten, deren Mitgesellschafter ich bis zu diesem Jahre war, nicht mehr unmittelbar beteiligt. 1920 ging die Fabrik Scholten in den Besitz der Scholten A.G. über, und die Gesellschafter, darunter auch ich, haben dafür Scholtenaktien bekommen. Die Scholten A.G. hat früher nur Kartoffelstärke fabriziert, ist aber schon seit Jahren in einer Hauptfabrik Brandenburg zur Maisstärkefabrikation übergegangen. Die Maisstärkefabrikation hat die Mehrheit des Aktienbesitzes der Scholten A.G. (Hört! Hört!) Wenn ich meinen persönlichen Interessen dienen wollte, dann hätte ich umgekehrt schon zugunsten der Maisstärkefabrikation wirken müssen. Wenn man mir meine finanzielle Beteiligung an einer Fabrik zum Vorwurf macht, dann dürfe ja niemals ein Landwirtschaftlicher Genossenschaftler Reichswirtschaftsminister werden. Der Minister geht dann auf die Entwicklung des Kartoffelmarktes ein, um darzulegen, daß der Zollschutz eine nationalwirtschaftliche Notwendigkeit sei, um den Kartoffelabbau zu regeln und zu fördern, der Kartoffelstärke- und Glykoseindustrie die dringend notwendige Grundlage zu geben, die nationale Arbeit durch Antiseptisierung des Kartoffelbaues zu schützen und um die Handelsbilanz zu korrigieren.

Abg. Hörnt (Komm.) schließt sich den Angriffen der sozialdemokratischen Rednerin gegen den Minister an.

Abg. Vorrman (B. Vgg.) hält die Vorwürfe der Abg. Sender gegen den Minister für zu weitgehend, ist aber mit ihr einig in der Beurteilung der Zollhöhung für Industriemaschinen. Für die Herstellung vieler Nahrungsmittel lasse sich die Maisstärke nicht durch Kartoffelstärke ersetzen.

Abg. Frau Sender (Soz.) erwidert dem Minister, er habe ihre Vorwürfe im wesentlichen bestätigt. Tatsächlich sei die Fabrik, an der er persönlich beteiligt sei, in der Hauptsache auf Kartoffelstärkefabrikation eingestellt. Von einer Förderung der Kartoffelbauenden Landwirtschaft könne in diesem Falle keine Rede sein, gefördert werde nur die kleine Gruppe der Kartoffelstärkefabrikanten.

Abg. Schmidt (Soz.) befreit dem Minister gegenüber, daß die Landwirtschaft mit Verlust arbeite. Die Untersuchung des Enqueteausschusses habe das Gegenteil erwiesen. Der Verlust werde künstlich dadurch errechnet, daß vorher von den Einnahmen sehr große Summen als notwendiger Aufwand für die Familie des Landwirts abgezogen werden.

Der Handelsvertrag wird hierauf dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Um 18.30 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag, 14 Uhr: Novelle zum Telegraphengesetz, Auslieferungsgesetz, Gesetz über den Reichswirtschaftsrat.

Das Reichskabinett hat Mittwoch nachmittag eine Sitzung abgehalten, die sich in erster Linie mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte. Die Frage des Reichsschrenkmals ist entgegen anders lautenden Ankündigungen noch nicht zur Sprache gekommen. Das Kabinett hat auch noch keinen Beschluß über die Ernennung des deutschen Delegationsführers für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen gefaßt. Es ist anzunehmen, daß dieser Beschluß heute erfolgen wird.

Die deutsche Reichsbahn und die Befoldungsreform. Unter Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Koch fand am Mittwoch in Berlin zwischen einer Anzahl von Reichstagsabgeordneten und dem Generaldirektor Dr. Dörpmüller, nebst den leitenden Persönlichkeiten der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine Aussprache statt. Dabei wurde die augenblickliche und die für 1928 zu erwartende finanzielle Lage der Deutschen Reichsbahn in Verbindung mit der Befoldungsreform eingehend erörtert.

Die österreichische Frage

Die Österreicher haben den Rat der Völkerbundsvereinbarungen, der kürzlich in Sofia tagte, in Verlegenheit gebracht, indem sie beantragten, es solle in das Programm für die im Juli nächsten Jahres im Haag stattfindende Versammlung die „österreichische Frage“ aufgenommen werden und erklärten, es handle sich vor allem um die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland. Dieses Verlangen ist abgelehnt worden, und es wurde nur als allgemeines Thema der wirtschaftliche Wiederaufbau Österreichs in das Programm aufgenommen.

Der Rat der Völkerbundsvereinigungen, der keine amtliche Organisation, sondern nur eine solche zur Pflege des Völkerbundsgedankens ist, geht damit bewußt der Erörterung eines Problems aus dem Wege, das früher oder später doch entschieden werden muß. Es läßt aber dieser symptomatische Vorgang Schlüsse darauf zu, welche Behandlung die österreichische, d. h. die Anschlussfrage im Völkerbund selbst erfahren würde, wenn sie dort zur Erörterung käme. Nach den Verträgen von Versailles und St. Germain dürfte ja ein Anschluß nur mit Zustimmung des Völkerbundes erfolgen.

Es ist nun sehr interessant und bezeichnend, welche Ansetzung von französischer Seite dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf das sich Österreich bei seinem Anschlusswillen berufen könnte, gegeben wird. In der „Neue Zürcher Zeitung“ (Nr. 1827 vom 30. Oktober) sagt Professor A. Anlard, Paris, der in diesem Jahre den Vorsitz im Rat der Völkerbundsvereinigungen führte, die Anschlussfrage müsse „unter Zugrundelegung des neuen Völkerrechtes“ besprochen werden, „eines zwar noch in Bildung begriffenen Rechtes, das jedoch heute schon den Völkern heilig ist und dessen Schöpfer und Interpret zugleich der Völkerbund ist“. In diesem neuen Recht werde nirgends anerkannt, daß das Selbstbestimmungsrecht auch das Recht eines Volkes in sich schließt, seine Unabhängigkeit preiszugeben, sich mit einer anderen Nation zu vereinigen, zu der es sich hingezogen fühlt, vor allem, wenn eine solche Vereinigung, die Macht einer Nation stärken würde, die im Verhältnis zu den kleinen Nationen schon zu groß ist. Der Anschluß Österreichs an Deutschland würde infolge der unmittelbar daraus erwachsenden Folgen die Sicherheit Italiens wie auch der Tschechoslowakei bedrohen. Österreich habe einzig und allein das Recht auf Unabhängigkeit, durch den Zwang zur Unabhängigkeit, der Österreich auferlegt wird, würde kein Grundriß des neuen Rechtes verlegt. Österreich könnte sich nur dann beschweren und sich als ein Opfer dieses Zwanges betrachten, wenn der Völkerbund, der die Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit verlangt, ihm nicht zugleich die Wohltaten der Solidarität zufommen ließe und ihm nicht beim wirtschaftlichen Wiederaufbau behilflich wäre.

Daß die Österreicher Deutsche sind und als Nation zu den Deutschen gehören, wird von Prof. Anlard geflissentlich ignoriert. Aber auch die These von dem „heiligen neuen Völkerrecht“ ist höchst anfechtbar, da dieses noch lange nicht von allen Nationen anerkannt ist. Die französische Ansetzung des Selbstbestimmungsrechtes läuft auf ein Verbot des Anschlusses hinaus, und steht damit im Widerspruch zu dem Begriff der Selbstbestimmung. Anlard vermeidet es, in seinem Artikel Frankreich zu nennen, und stellte Italien und die Tschechoslowakei in den Vordergrund. In Wirklichkeit ist aber Frankreich der schärfste Gegner des Anschlusses und daher wird von dort am stärksten eine Gefährdung des Weltfriedens an die Wand gemalt, wenn der Zusammenschluß erfolgte. Wie könnte aber eine solche Gefährdung eintreten, wenn der Völkerbund wirklich ein solcher der Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens ist, der an die Stelle der Gewalt das Recht zur Geltung bringt?

Für uns Deutsche sollte aber eine solche Äußerung wie die Prof. Anlards, wieder eine Lehre sein, daß die Anschlussfrage von ihrer Lösung um so weiter entfernt wird, als man von Österreich die Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit verlangt und es, wie das die Zentralisten sehr voreilig tun, als „Reichsprovint“ an Deutschland angliedern will. Nach einem Bericht der „Neue Freie Presse“ (Nr. 2642 vom 29. September) hat kürzlich Professor Meinecke in Wien sich dahin geäußert, Österreich müßte sich im Falle des Anschlusses entscheiden, ob es die jetzige Verfassung als Bundesstaat beibehalten oder sich zu einem einzigen Lande umbilden wolle. An eine Änderung der österreichischen Verfassung im letzteren Sinne ist gar nicht zu denken. Ebensovienig daran, daß Österreich, wie Meinecke es sich vorstellt, sich mit dem Anschluß auf einen „ganz kleinen parlamentarischen Apparat“ beschränken müßte, der auf eine Reihe von Jahren „stabile kollegiale Regierungen“ wählt. Unter solchen Bedingungen wird Österreich niemals den Anschluß vollziehen. Je stärker in Deutschland die zentralistischen Tendenzen sich geltend machen, desto kühler wird man in Österreich, und wenn der deutsche Einheitsstaat wirklich geschaffen und die Länder gänzlich beseitigt werden sollten, dann können wir den Anschlußgedanken endgültig begraben.

Verhaftung des Geschäftsführers der „Humanität“. Der Geschäftsführer der kommunistischen Pariser Zeitung „Humanität“ ist Mittwoch abend wegen Veröffentlichung von sechs Artikeln über die Zwischensfälle im Marinegefängnis in Toulon, die am Mittwoch in der Kammer diskutiert wurden, verhaftet worden.

Sier Einrichtungen in Mexiko. Wegen angeblicher Beteiligung an dem Bombenanschlag gegen General Obregon am 13. November wurden vier Personen hingerichtet. Unter den Hingerichteten soll sich ein katholischer Priester befunden haben.

Aus den Reichstagsausschüssen

Die Befoldungsreform

Der Haushaltsausschuss beschäftigte sich am Mittwoch mit der Gruppe 7, die die Jahresgehälter von 2350 bis 3400 M umfaßt. Die bisherigen Beschlüsse sollen in einer besonderen Zusammenstellung festgelegt werden. Dazu lagen eine Reihe von Anträgen vor. Die Regierungsparteien beantragten, die Gruppen A 7 und A 6 mit Endgehalt um 100 M zu erhöhen. Die Regierung behält sich eine endgültige Stellungnahme bis zur Klärung der Gesamtwirtschaft der Beschlüsse vor. Es folgte die Beratung der Gruppe 6, die die Gehälter von 2400 bis 3500 M umfaßt. Diese Gruppe, ebenso wie auch die Gruppe 5, wurden genehmigt.

Die Beratung wurde schließlich unterbrochen, um die seit Gruppe 8 rückständigen Abstimmungen vorzunehmen. Unter Ablehnung der anderen Anträge wird der Antrag der Regierungsparteien angenommen, daß bei Umstellung des Haushaltsplanes durch Umwandlung von Poststellen in der Befoldungsgruppe A 8 in solche von A 7 die Beförderungsmöglichkeit der Assistenten verbessert werde. In dieser Form wird die Gruppe A 8 genehmigt. Auch bei den anderen, bereits beratenen Gruppen, werden die Anträge der Regierungsparteien angenommen, z. B. die Gruppe A 6 im Endgehalt um 100 M auf 3500 bzw. 3600 M zu erhöhen. Die anderen Anträge werden dagegen abgelehnt.

Das Reichsschulgesetz

Der Bildungsausschuss nahm einen Antrag Dr. Runkel (D. Vp.) an, wonach die Forderung konfessioneller Zugehörigkeit „sich nicht auf die im wesentlichen für den technischen Unterricht angeordneten oder angestellten Lehrkräfte bezieht“. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayer. Volkspartei und des Zentrums wurde ein Antrag Meinkötter (Zentr.) abgelehnt, wonach bei Anstellung von Lehrern an Bekennerschulen deren Vorbildung den Erfordernissen der Bekennerschule entsprechen sollte.

In der Gesamtabstimmung wurde darauf der ganze § 4, der die Bekennerschule behandelt, mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen.

Zum § 4 wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, nach dem folgender Satz angefügt wird:

„Auch den Lehrern an den Bekennerschulen sind die verfassungsmäßigen Rechte des Art. 136 und 149 Abs. 2 der Reichsverfassung gewährleistet.“ Zum Absatz 6 des § 4 beschloß der Ausschuss einstimmig, den Satz: „Die Eignung als Lehrer an der Bekennerschule wird allein nach der Zugehörigkeit des Lehrers zur Bekennergemeinschaft, für die die Schule errichtet ist, bestimmt.“ zu streichen.

Die Strafrechtsreform

Im Ausschuss für die Strafrechtsreform wurde am Mittwoch mit überwiegender Mehrheit § 51 angenommen, nach dem das Gericht, wo es das Gesetz vorschreibt, dem Verletzten und dem, auf dessen Verlangen die Strafverfolgung eingetreten ist, gestatten kann, die Beurteilung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntzumachen. Umfang und Art der Veröffentlichung werden in der Entscheidung bestimmt. Von der Befugnis zur Bekanntmachung muß innerhalb eines Monats Gebrauch gemacht werden.

§ 52 des Entwurfs sieht die Einziehung von Sachen und anderen Vermögensteilen vor, die zur Begehung einer strafbaren Handlung gebraucht oder durch eine strafbare Handlung hervorgebracht worden sind. Geboten sie wieder dem Täter, noch einem Teilnehmer, so können sie nur eingezogen werden, wenn es das Gesetz ausdrücklich vorschreibt.

Abg. Dr. Reinefeld (Soz.) befürchtete die Einziehung von Streifen der Gewerkschaften.

Ministerialdirektor Bunte wies darauf hin, daß die einzuziehenden Sachen dem Täter selbst gehören müßten. Wenn also einzelne Streikende strafbare Handlungen begingen, könnten nicht die Vermögenswerte der Gewerkschaften der Einziehung verfallen. Auch werde die Voraussetzung, daß die Gelder zur Begehung der Straftat bestimmt gewesen seien, nicht gegeben sein.

Schließlich wurde § 52 unter Ablehnung kommunistischer und sozialdemokratischer Anträge im Wortlaut der Regierungsvorlage angenommen.

Ohne wesentliche Änderungen wurden die Paragraphen 53 und 54 angenommen, die die Bestimmungen über die Einziehung enthalten.

Abschluß der deutsch-polnischen Vorbesprechungen

Die Vorbesprechungen zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem Sonderbeauftragten der polnischen Regierung, v. Jadowksi, über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind zu einem Abschluß gekommen. Es ist im Laufe der Besprechungen eine Einigung über die Grundlinien erzielt worden, die für die wieder aufzunehmenden Delegationsverhandlungen gelten sollen. Das Ziel der Delegationsverhandlungen wird sein, so schnell wie möglich zu einer Aufhebung der beiderseitigen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen zu kommen, und dabei gleichzeitig Vereinbarungen auf den Teilgebieten zu treffen, die auf Grund der früheren Verhandlungen abschlußreif sind. An diese ersten Verhandlungen werden sich dann die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag anschließen.

Gleichzeitig sind auch die Verhandlungen über ein Holzabkommen zum vorläufigen Abschluß gebracht worden. Deutschland wird an Polen ein Kontingent für Schnittholz bewilligen. Inwieweit sich also das gegenwärtige Einfuhrverbot für polnisches Schnittholz außer Kraft gesetzt werden. Polen wird zugestehen, daß die Erhöhung des Ausfuhrzollens für Rundholz gegenüber Deutschland nicht gilt. Außerdem sollen Einfuhrkontingente für einzelne deutsche Industrien bewilligt werden, so für Automobile, Fahrräder, Uhren. Durch dieses Abkommen wird also schon ein Anfang mit dem Abbau der beiderseitigen Kampfmaßnahmen gemacht. Für den formalen Abschluß dieses Abkommens sind noch Besprechungen mit der polnischen Regierung in Warschau notwendig. Es ist damit zu rechnen, daß das Abkommen noch in dieser Woche unterzeichnet werden wird.

Zentrum und Bayerische Volkspartei

Der Reichsparteivorstand des Zentrums wird sich am Montag mit den jüngsten Verhandlungen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei beschäftigen. In der Sitzung dürfte die Arbeitsgemeinschaft in der Weise abgeschlossen werden, daß nicht nur bei den Wahlen jeder Kampf zwischen den beiden Parteien unterbleibt, sondern daß auch im Reichstag eine Fraktionsgemeinschaft gebildet wird, daß also Zentrum und Bayerische Volkspartei gemeinsam ihre Vertreter in den Ausschüssen und als Redner im Plenum haben. Die Bayerische Volkspartei hat bereits die Vereinbarungen gutgeheißen. Es ist jedoch zur Zeit noch kein Aufgehen der einen Fraktion in die andere in Aussicht genommen, vielmehr lediglich eine enge Arbeitsgemeinschaft, durch die der Weg zu einem späteren völligen Zusammengehen angebahnt werden soll.

Politische Neuigkeiten

Rundgebung der Auslandsdeutschen

Anlässlich einer Rundgebung der Verbände der Arbeitsgemeinschaft für den Kampf von Kriegs- und Verdrängungsschäden gegen die Verschleppung der Verabschiedung des Kriegsschadenschlussgesetzes, betonte, wie aus Berlin gemeldet wird, der Präsident des Deutschen Ostbundes, daß die Auslandsdeutschen bis zum äußersten zum Kampfe entschlossen seien, um ihre Ansprüche zu verwirklichen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß die Vorlage zum Kriegsschadenschlussgesetz unverzüglich dem Reichstag zugeleitet werde, und daß der Reichstag die maßvollen Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft berücksichtige. Sie fordern weiter, daß bei einer vorzeitigen Auflösung des Reichstages das Kriegsschadenschlussgesetz unter allen Umständen vorher verabschiedet werde.

Dem B. L. zufolge ist der neue Finanzierungsplan für das Liquidationsschadengesetz dem Reichstag zugegangen. Der Plan hält infolgedessen grundsätzlich an der früheren Finanzierung fest, als die Zinsen aus den Eisenbahnverzugsaktien zur Tilgung der vorgezeichneten Schuldbuchverschreibungen verwendet werden sollen. Da aber eine solche Tilgung zu langsam erfolgen würde, werden auch Mittel aus dem laufenden Etat herangezogen, so daß also der neue Finanzierungsplan auf einem gemischten System beruht.

Die Dringlichkeit des Strafgesetzentwurfs

Ant „Deutsche Allg. Ztg.“ hoben in den letzten Tagen interfraktionelle Besprechungen über die Erledigung des Strafgesetzbuches stattgefunden, wobei sich Übereinstimmung darüber ergeben hat, daß der Strafgesetzentwurf wegen seiner Wichtigkeit mit Vorzug behandelt und gegen parlamentarische Wechselfälle möglichst gesichert werden soll. Das Blatt nimmt an, daß die Ausschüsseberatungen möglichst beschleunigt werden, und daß eine Auflösung des Reichstages, auch wenn die dringenden übrigen Aufgaben der Koalition inzwischen gelöst worden sind, möglichst solange hinausgeschoben wird, bis auch das Strafgesetzbuch fertiggestellt ist. Das Blatt glaubt, daß insbesondere Reichsminister Dr. Marx gemeinsam mit dem Reichsjustizminister Herzig sich für diesen Plan einsetzen.

v. Bayer über den Einheitsstaat

Auf einer kürzlich in Meutlingen abgehaltenen Tagung der württembergischen Demokraten hat sich der alte demokratische Führer v. Bayer in überaus bemerkenswerter Weise zur Frage des Einheitsstaates ausgelassen. Der Referent der Tagung, der frühere Finanzminister Dr. Schall, hatte den „dezentralisierten Einheitsstaat“ empfohlen. Darauf erhob sich v. Bayer und erklärte: „Eine Vereinfachung der Staatsverwaltung sei wohl nötig; ob man aber spornfreudig in den Einheitsstaat einzuweichen solle, das wolle er doch nicht ohne weiteres bekräftigen. Wisse man denn, was hinter dem Ruf „dezentralisierter Einheitsstaat“ stehe? Er höre sich an wie der Titel eines Buches, das noch nicht geschrieben ist. „Kaufen Sie in dieser Frage keine Kage in dem Sad!“

Rücktrittsabsicht des heffischen Staatspräsidenten

Der heffische Staatspräsident Karl Ulrich hat seinen politischen Freunden den Entschluß mitgeteilt, sich nicht wieder zum Chef der heffischen Regierung wählen zu lassen. Seine Absicht, auf eine weitere aktive Teilnahme an der Regierung zu verzichten, begründet er mit seinem hohen Alter. Ulrich wird im Januar 1928 75 Jahre alt.

Der Freistaat Hessen hat sich jetzt einen neuen Landtag gewählt. Die Mehrheit im Landtage wird wieder durch die Parteien der Weimarer Koalition gebildet werden, aber in der Zusammenfassung des Kabinetts werden, wenn Ulrich bei seinem Entschluß bleibt, personelle Veränderungen notwendig werden. Es wird, der „Voss. Ztg.“ zufolge, angenommen, daß an Stelle Ulrichs sein Parteigenosse Adelnau, der bisherige Präsident der heffischen Kammer, zum Staatspräsidenten gewählt werden wird. Auch der bisherige Finanzminister Henrich, der der Demokratischen Partei zugehört, soll die Absicht haben, zurückzutreten. Für Henrich dürfte der demokratische Reichstagsabg. Korrell in das heffische Kabinett eintreten. Korrell würde allerdings nicht das Finanzministerium, sondern ein anderes Ressort übernehmen.

Erweiterung des Waldenseewerkes

Das bayerische Waldenseewerk plant eine Erweiterung, und zwar in Form einer Pumpspeicherranlage. Diese wird dazu dienen, überschüssige Energie, die während der Nachtzeiten anfällt, zu berechnen und gleichzeitig die Ausnutzung des bestehenden Werkes zu steigern, ohne an der alten Anlage wesentliche Veränderungen vorzunehmen. Man will mittels riesiger Pumpenanlagen Wasser vom Kochelsee zum 200 Meter höher gelegenen Waldensee befördern, um es zur Erzeugung von hochwertigem Tagesstrom zu verwenden. Der Ausbau des Pumpspeicherverwerkes ist vorerst allerdings nur Projekt. Seine Verwirklichung wird erst im Zusammenhang mit der Lösung anderweitiger energiewirtschaftlicher Fragen möglich sein, d. h. wohl erst nach Ausbau weiterer Großkraftwerke in Bayern, da die Werke Mittlere Nar gegenwärtig selbst einen größeren Wochenpeicherspeicher nördlich von München ausbauen.

Aufhebung des englischen Visumzwangs. Chamberlain teilte im Unterhaus mit, er hoffe, in kurzer Zeit ein Abkommen mit Deutschland über die Aufhebung der Visumspflicht abzuschließen. Auch mit der Tschechoslowakei habe er Verbindung wegen der Aufhebung der Visa aufgenommen; er erparte die Antwort der tschechischen Regierung.

Tanzabend Mazoni im Karlsruher Künstlerhaus

Eine Tänzerin mit vielversprechendem italienischen Namen, aber mit gut deutscher gymnastischer Ausbildung. Aus solcher Mischung, denkt man noch bei den rhytmischen, zunächst ohne Musikbegleitung gezeigten Vorstudien, kann etwas Besonderes entstehen. Doch je weiter Beatrice Mazoni sich dem eigentlichen Kunst- und Ausdrucksstanz zuwendet, desto größer wirkt die Ernüchterung. Wenn ihre Kunst und Art wenigstens charmant in der primitiv ehrgeizigen Ausübung des Fußwerkes bliebe, wie im „Blatt Papier“, das sie sehr gelentig noch einer visuellen Weise vorführte! Danach folgten jedoch im „Leibpagen“ und erst recht im „Sportstudent“ zwei Nummern, bei denen von tänzerischem Eigenleben keine Rede mehr sein konnte. Das waren allenfalls Kabarettstücke nach überkommenen Motiven, doch niemals mit sichtbar Darstellungskraft erfüllte künstlerische Schöpfungen. Auch der Rest des Programms brachte keine nennenswerte Steigerung, sondern verlor in vorbezeichneten Gleise. Zu erwähnen sind immerhin einige recht geschmackvolle Kostüme, die sich die Tänzerin in Berlin anfertigen ließ, lobend hervorzuheben ist ebenso der exakt begleitende Walter Strube, der u. a. mit neuen Akzentsätzen erfreute. Persönliche Freunde und Bekannte der Tänzerin — sie soll bei einer hiesigen Schönheitskonkurrenz vor noch nicht allzu langer Zeit den ersten Preis erhalten haben — folgten für den früheren Erfolg des Abends und erzwangen die üblichen Dreingaben. S. Sch.

Die neue Regierung in Belgien

Im neuen belgischen Kabinettsrat sind die Sozialdemokraten nicht mehr vertreten. Die konservativen, liberalen und auch katholischen Blätter begrüßen den Rücktritt Vanderveldes, dessen Außenpolitik sie nicht billigten. Die Blätter der erwähnten Richtungen hoffen, daß auf der neuen Grundlage die Frage der Heeresreform im Sinne der Interessen des Landes gelöst werden könne. Der Grund der Kabinettskrise ist bekanntlich der Streit über die Verminderung der Militärdienstzeit. Die Sozialisten bestanden auf einer Durchführung der sechsmonatigen Dienstzeit, was die bürgerlichen Minister ablehnten. Auch der Senator de Brouqueure will sein Mandat als belgischer Delegierter in der Abrüstungskommission niederlegen. Er begründet diesen Entschluß damit, daß er bei den Abrüstungsverhandlungen nicht eine Regierung vertreten könne, die sich im eigenen Lande gegen entscheidende Abrüstungsschritte sträubt.

Das demokratische Rentnerfürsorgegesetz. Nachdem am Dienstag nachmittag im Interfraktionellen Ausschuss des Reichstages, an dem auch Reichsminister Dr. Marx teilnahm, über die Frage der Rentnerfürsorge noch keine Einigung erzielt wurde, da die finanziellen Ausweitungen noch nicht zu übersehen sind, wurde die für Mittwoch vormittag angelegte Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses, der sich mit der Rentnerfürsorge beschäftigen sollte, vorläufig abgesetzt. Die Frage wird auch in den nächsten Tagen noch nicht im Ausschuss erledigt werden können, da sich die Regierung und die Regierungsparteien erst darüber einig werden wollen, ob und mit welchen eigenen Vorschlägen sie selbst der Not der Rentner Herr werden können.

Kurze Nachrichten

Bauausstellung Berlin 1930. Der Vertrag zwischen der Stadt Berlin und dem ausführenden Verein Bauausstellung e. V. ist zwischen den Vertretern des Magistrats und dem Verein unterzeichnet worden, nachdem über die noch offenen Fragen zur Abtretung der Ausstellungsgebiete eine Einigung erzielt worden ist. Damit ist das Ausstellungsprojekt endgültig für Berlin gesichert.

Ein Vertrauensvotum in Frankreich. Die französische Kammer lehnte am Mittwoch mit 371 gegen 150 Stimmen den Antrag des Marineauschusses auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit unbeschränkter Vollmacht zur Untersuchung der Zwischenfälle im Marine-Depot und auf dem Kreuzer „Ernest Renan“ ab. Die Regierung hatte die Vertrauensfrage gestellt.

Zwei bulgarische Komitatshis zum Tode verurteilt. Das Geschworenengericht von Saloniki (Griechenland) verurteilte zwei bulgarische Komitatshis, die beschuldigt werden, ein Sprengstoffattentat vorbereitet zu haben, um die Ausstellungsgebäude in Saloniki, das jugoslawische Konsulat, die französisch-serbische Post und andere Gebäude in die Luft zu sprengen, zum Tode.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Konstituierung der Landtagsausschüsse

Die Landtagsausschüsse haben sich konstituiert. Der Haushaltsausschuss wählte zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Marum (Soz.), zu dessen Stellvertreter den Abg. Dr. Glotner (Dem.) und zum Schriftführer den Abg. Schubert (Zentr.). — Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung bestimmte als Vorsitzenden den Abg. Schneider (Zentr.), zum Stellvertreter Dr. Engler (Soz.), zum Schriftführer Abg. Dr. Schmittbauer von der Bürgerl. Vereinigung. — Der Ausschuss für Geluche und Beschwerden wählte zum Vorsitzenden Behringer (Bürg. Vgg.), zum Stellvertreter Schneider (Zentr.), zum Schriftführer Brigner (D. Vp.). — Die Geschäftsbearbeitungskommission bestellte als Vorsitzenden Dr. Oskircher (D. Vp.), zum Stellvertreter den Abg. D. Meyer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.), zum Schriftführer den sozialdemokratischen Abg. Weismann.

Eingänge

Gesuche: Der badische Städteverband und Bad. Städtebund werden wegen des Ausbaues der höheren Lehranstalten vorstellig. Der Revisionsverband bad. Handwerker-Genossenschaften e. V. Karlsruhe, beschäftigt sich in seiner Eingabe mit der Veranlagung der Genossenschaften zur Gewerbesteuerträger. Der Gemeinderat Bad. Dürheim bittet um einen Staatszuschuß zur Durchführung dringlicher kultureller Aufgaben in Dürheim. Der Verein der Lichtspieltheaterbesitzer Badens und der Pfalz wünscht weitergehende staatliche Unterstützung der badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung in Karlsruhe. Die badische Beamtenrententasse wünscht einen Staatszuschuß. Der Abg. deutsche Gewerkschaftsbund fordert den Ausbau der Gewerbe- und Handelsaufficht in Baden. Die Stabkapelle Karlsruhe wendet sich gegen gewerkschaftliche Aufstiege der Vereinigung „bad. Polizeimusiker“. Eine Eingabe der Stadtgemeinde Oberkirch betrifft die Besteuerung des Gewerbeertrages. — Ferner liegen an die 12 Petitionen zur Befoldungsregelung vor.

Gegen das französische Projekt eines Rhein-Sententkanals

Im Gasthaus zum Adler in Schliengen hielt Dr. Scheffelt, Badenweiler, einen Vortrag über das französische Projekt eines Rhein-Sententkanals zwischen Basel und Straßburg. Nach einleitenden Worten über die geologische Entstehung des Rheintals, sowie die Veränderungen des Rheinlaufs in den letzten Jahrhunderten, bis zu seiner heutigen Gestalt, ging der Redner auf das neue französische Projekt über und beleuchtete sowohl vom geologischen, wie vom biologischen Standpunkte aus die verhängnisvollen verheerenden Folgen, welche die Ausführung der Projekte unfehlbar für Volksgesundheit und Volkswirtschaft haben muß. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Öffentlichkeit sich dieser Folgen bewußt werde und daß es noch in letzter Stunde gelingen möge, die Ausführung des französischen Projekts zu verhindern, und dadurch die Bevölkerung auf beiden Seiten des oberen Rheintals vor Unheil zu bewahren.

Zum Großkraftwerk Säckingen

Bei den Verhandlungen auf dem Bezirksamt Säckingen über die Projekte für ein Großkraftwerk Säckingen, ergab sich auch die Notwendigkeit, eine eingehende Untersuchung des Geländes auf Schweizer Seite vorzunehmen, da hier vor mehreren Jahren Aufschüpfungen auf dem Nordabhang des Mumpfer Berges festgestellt wurden. Es ist möglich, daß dadurch die vorgezeichnete Lage des Kraftwerkes eine Verlegung erfahren muß. Eine längere Ausrede ergab auch die Frage der Renkanalisierung und Entwässerung Säckingens im Falle des Kraftwerkes. Die Veranlagung war sich klar darüber, daß die Baukosten des Kraftwerkes Säckingen und dadurch auch die Stromselbstkosten der Gemeinden höher zu stehen kommen, wie bei den schon bestehenden Kraftwerken am Oberrhein.

Aus den Parteien

In Freiburg wurde die Gründung eines nationaldemokratischen Klubs vollzogen. Der Klub setzt sich vornehmlich aus Angehörigen der jüngeren Generation zusammen, deren Streben, wie erklärt wird, nicht etwa darauf abzielt, eine weitere neue Partei ins Leben zu rufen, sondern eine Verschmelzung aller mit seinem Programm einig gehenden Parteien (!) herbeizuführen. Sein politisches Programm bewegt sich, wie der Name schon sagt, auf einer nationalen und demokratischen Basis. Der Vorstand ist folgender: 1. Vors. Louis de Oudorzo, 2. Vorsitzender Henry Freund. Beisitzer sind: Hans Braun, Kurt Fidler, Erich Graf, Werner von Heydebr. a. Karl Hilbig, René Caesar Leh, Andreas Wehrle und Ernst Zirkelbach.

Lohnbewegungen in Baden

Zur Lage in der Tabakindustrie. In einer in Walsdorf (Amt Wiesloch) von den freien Gewerkschaften einberufenen Tabakarbeiterversammlung wurde bekannt, daß eine Abordnung von Vertretern der einzelnen Zigarrenorte beim Ministerium in Karlsruhe wegen einer Hilfsaktion vorstellig geworden ist. Am Dienstag morgen erfolgten Annehmlichkeiten vor dem Rathaus. Für Mittwoch war ein außerordentlicher Gemeinderat einberufen, der über die Wege zur Unterstützung der Ausgesperrten beratschlagte.

Zur Lage in der Textilindustrie. Durch Rundschreiben der Arbeitgeber ist — wie aus Ettlingen berichtet wird — den Arbeitnehmern bekannt geworden, daß die badische Textilindustrie alle Maßnahmen ergreifen habe, eine Aussperrung einzutreten zu lassen, falls die Gewerkschaften mit der angebotenen Lohnerhöhung bei den letzten Verhandlungen nicht einverstanden sind.

Gemeinde-Rundschau

Neue Gas- und Stromtarife in Karlsruhe. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, die eine Änderung der Gas- und Stromtarife bringt. Es werden Grundgebührentarife eingeführt, die einerseits die Rentabilität der Werke weiterhin sichern, und andererseits einen Anreiz zur ausgebreiteten Verwendung von Gas und Strom in Haushalt und Gewerbe geben sollen.

Um die Nachfolgerschaft Dr. Kugers. Wie verlautet, wird die Entscheidung über die Frage der Nachfolgerschaft des zurücktretenden Oberbürgermeisters Dr. Kuger, Mannheim, Ende November fallen. Zu den Blättermeldungen, daß mit dem bad. Innenminister Dr. Kemme wegen der Übernahme des Oberbürgermeisterpostens in Mannheim verhandelt worden sei, stellt der Karlsruher „Volksfreund“ fest, daß diese Mitteilung auf falscher Information beruhe. Mit Dr. Kemme sei über diese Frage noch niemals gesprochen worden. Ihm selbst sei der Gedanke, als Oberbürgermeister in Mannheim zu fungieren, total fremd. Er bezeichnet ihn als durchaus abwegig. Der kommende Oberbürgermeister von Mannheim werde, wie das Blatt hört, allerdings der Sozialdemokratischen Partei angehören.

Das Palmengartenhaus in Mannheim. Eines regen Besuches erfreut sich das Palmengartenhaus in der Mannheimer Stadtparkanlage am Rennplatz, das wieder, wie alljährlich, auch diesen Winter geöffnet ist und die große Mannigfaltigkeit der Palmenwelt zeigt. Allgemeines Interesse erregen die dort ständig blühenden wunderbaren Orchideenarten, die vielgestaltigen Farne und Schlinggewächse. Aber nicht nur diese Pflanzenarten, sondern auch Zuderröhre sowie Reis- und Kaffeeplantagen werden dem Besucher hier gezeigt.

10 Millionen für Wohnungsbau in Mannheim. Am 30. November wird der Mannheimer Bürgerausschuß u. a. über eine wichtige Vorlage zu beraten haben, die weitere 10,4 Millionen Reichsmark zur Förderung des Wohnungsbau fordere. Seit 1. April 1924 bis Ende August 1927, also in fast 3 1/2 Jahren, hat Mannheim insgesamt 42 494 556 RM für den Wohnungsbau aufgewendet. Bei der Reichswohnungszählung am 16. Mai 1927 wurde in Mannheim ein Fehlbetrag von 3729 Wohnungen festgestellt.

Der Strompreis in Heidelberg. In einer Eingabe an den Stadtrat Heidelberg protestiert der Einzelhandel gegen den außergewöhnlich hohen Strompreis von 50 Reichspfennig für die Kilowattstunde.

Der Holzstiel im Stringer Gemeindefeld (Amt Bruchsal) hat begonnen. Diesmal werden 1700 Festmeter (im Vorjahr 900 Festmeter) gefällt, von denen 300 Festmeter zugunsten eines Schulhausneubaus verkauft werden sollen.

Das Städtische Solbad in Donaueschingen, das durch die Einrichtung des neuen Kinderbades (Thereseanum) in diesem Jahre neue Kurmöglichkeiten erhielt und sich eines regen Besuches zu erfreuen hatte, wird den Betrieb auch während der ganzen Winterzeit aufrechterhalten.

Andelsbosen und Überlingen. Nach der dem Landtag zugegangenen Vorlage wird der Hauptort Andelsbosen auf 1. April 1928 mit der Stadtgemeinde Überlingen vereinigt. Auf diesen Zeitpunkt sollen auch die Vereinbarungen bezüglich der Orte Hagenweiler und Schönbuch in Wirkkraft treten. Entsprechend dem Verhältnis der Einwohnerzahlen von Andelsbosen und Überlingen wird Andelsbosen im Gemeinderat und Bürgerausschuß Überlingen vertreten sein. Die Steuerpflichtigen von Andelsbosen werden nach erfolgter Eingemeindung voraussichtlich etwas stärker als bisher zur Gemeindebesteuerung herangezogen werden, während eine wesentliche Änderung des Steuerfußes von Überlingen durch die Eingemeindung nicht zu erwarten ist. Bei Umlegung des Steuerbezirkes der beiden Gemeinden auf ihre Gesamtsteuerwerte (20 Millionen RM) ergibt sich ein einheitlicher Gemeindesteuerfuß von 56,8 Pf.

Gasanschluss Emmendingen-Waldkirch. Dienstag morgen wurde das Ortsnetz Waldkirch an das Gasnetz Emmendingen angeschlossen. Was schon vor dem Kriege eritrebt wurde, ist nun endlich Wirklichkeit geworden.

Ein großzügiges Bahnhofprojekt in Konstanz. Nach einer Meldung des „Zürcher Volksfreund“ soll auf die Initiative der Stadt Konstanz ein neues großzügiges Projekt ausgearbeitet sein, wonach der neue internationale Bahnhof an die Grenze zu liegen käme, und zwar in das unbebaute Gebiet zwischen Emmishofer- und Tägerwiler-Roll. In die Nähe der Stadtparkanlage käme der Konstanzener Bahnhof, und gegenüber auf Schweizer Gemarkung, die Schweizer Station, und dazwischen die Räume für die Zollbehandlung. Die deutsche Bahn würde von Konstanz-Petershausen den neuen Bahnhof auf dem Wege über Strohmehersdorf-Neue Rheinbrücke-Paradies erreichen. Die Konstanzener Blätter bemerken dazu, daß dieses Projekt noch vollkommen in der Schwebe sei, und sich die Stadtverwaltung Konstanz noch nicht damit beschäftigt habe.

Stefan-Lochner-Straße in Weersburg. Die von dem Stadtrat Sentenhart zum Wetterkreuz führende Straße ist Stefan-Lochner-Straße genannt werden, nach dem berühmten Maler, der hier geboren und etwa 1450 in Köln als Haupt der von ihm gegründeten Malerschule gestorben ist. Sein berühmtestes Werk ist die Anbetung der Heiligen Drei Könige am Hochaltar zu Köln.

Freigabe der Wiesentalstraße. Nach mehrmonatiger Unterbrechung ist, wie aus Rürsch gemeldet wird, die durch das Wiesental führende große Verkehrsstraße heute endlich wieder freigegeben worden, so daß sich der Verkehr ohne die als außerordentlich unangenehm empfundenen Umleitungen abwickeln kann. Die Unterbrechungen hatten in der Hauptsache ihre Ursache in Kanalisationsarbeiten. Bis Schopfheim hat die Straße eine sehr erhebliche Verbreiterung erfahren; auch sonst ist sie den Anforderungen eines lebhaften Auto- und Straßenverkehrs angepaßt worden.

Die Abwanderung vom Hohenwald. Die auf Grund der Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 aufgestellten Zahlen illustrieren die Abwanderungsercheinungen an dem Hohenwaldgebiet. Vom Oktober 1919 bis zum Juni 1925, also in einem ganz engen Zeitraum, nahmen von 30 Gemeinden des Amtsbezirks Sickingen neun an Bevölkerung ab, darunter restlos nur Waldgemeinden. Es nahmen ab: Bergalingen 8; Großherrschwand 8; Harpelingen 24; Herrschried 43; Hogschür 47; Hornberg 22; Gütten 26; Wehrhalden 53 und Willaringen 1. In knapp fünf Jahren, in einem Zeitraum, wo Rheinfelden 1106 und Sickingen 813 Einwohner zugenommen haben.

Aus der Landeshauptstadt

Der Japanische Tempel im Stadtgarten. Aus Anlaß der Aufstellung eines japanischen Tempels im hiesigen Stadtgarten sind Professor Dr. Gräff in Heidelberg, dessen Verbindungen mit japanischen Kreisen die Aufstellung dieses bedeutenden Zeugnisses der Kunst des fernsten Ostens im wesentlichen zu danken ist, Telegramme vom japanisch-deutschen Kulturinstitut und vom japanisch-deutschen Verein in Japan zugegangen, die in herzlichen und berebten Worten der Freude über die Aufstellung des Tempels Ausdruck geben.

Eine Protestkundgebung der Grenz- und Auslandsdeutschen soll auch in Karlsruhe am kommenden Montagabend im großen Saale der „Eintracht“ stattfinden. Sie richtet sich gegen die Verschleppung des Entschädigungsgesetzes. Die Kundgebung wird sich nicht nur auf die Mitglieder der Geschädigtenverbände in Karlsruhe selbst erstrecken, sondern auch aus dem Lande haben sich bereits eine Anzahl Ortsgruppen mit bedeutender Teilnehmerzahl angemeldet.

Badisches Landestheater. Die erste Wiederholung des Lustspiels „Das Spiel im Schloß“ von Franz Molnar als Sonntagmittagsvorstellung im Landestheater, fand bei vollem Hause eine so beifallsfreudige Aufnahme, daß sich die Generaldirektion veranlaßt sieht, das Stück auch für Sonntag, den 27. November, wiederum als Nachmittagsvorstellung (15 Uhr) in Szene gehen zu lassen. — Im Konzerthaus gelangt abends das Lustspiel „Weekend“ von Noel Coward zum zweitenmal zur Aufführung.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern trübes und nasskaltes Wetter. Die Temperaturen lagen im Gebirge bei Minus 2 Grad, in der Ebene bei 2 Grad. Heute morgen liegt in etwa 5-700 Meter Höhe eine geschlossene Wolkendecke über dem Land, über die die Schwarzwaldspitze hinausragt. Der Feldberg hat daher wolkenloses Wetter mit Alpenficht und Temperaturumkehr. In der Wetterlage über Europa ist seit gestern eine wesentliche Änderung eingetreten, die bei uns einen Umschlag zu milderer Witterung in allernächster Zeit erwarten läßt. Ein gestern noch bei Island gelegenes Tiefdruckgebiet von erheblicher Ausdehnung und Energie hat sich nach Südosten ausgebreitet und die über Mitteleuropa lagernden Kaltluftmassen nahezu vollkommen weggeräumt. Eine langgestreckte Warmfront rückt von Westen heran, auf deren Vorderseite verbreiteter Aufgleitregen fällt. Über den Nordsee-Ländern ist die Temperatur bereits um 6-8 Grad, in Westfrankreich um 8 Grad seit 24 Stunden gestiegen. Wir müssen daher auch in Baden mit baldiger Erwärmung rechnen. — Wettervorhersage für Freitag, 25. Nov.: Milder, Durchzug eines breiten Regengebietes, sonst meist wolkig; Hochschwarzwald ziemlich heiter mit Temperaturumkehr.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Mannheim, 23. Nov. Einer Reihe von Mitgliedern des Nationaltheaters ist laut „Neue Badische Landeszeitung“ gekündigt worden. Darunter befinden sich der Leiter der Oper, Generalmusikdirektor Richard Bert und Kapellmeister Gustav Mannebeck.

Hd. Eberbach, 23. Nov. Gegen die Anlage eines Steinbruchs am Hasenbühl hat der Odentwaldklub Protest erhoben und eine diesbezügliche Eingabe an das badische Ministerium des Innern gerichtet.

* Mosbach, 23. Nov. Der Gemeinde Aglasterhausen folgend, hat auch Fahrnbach die Einrichtung einer freiwilligen Feuerwehr nunmehr beschlossen. Die Gründungsversammlung hat gestern stattgefunden. Regierungsrat Schmitt beglückwünschte als Vertreter des Bezirksamts Mosbach die Gemeinde und hob hervor, daß es sich nicht um ein Spiel mit der Uniform handle, sondern um eine Einrichtung, die im Notfall der Allgemeinheit dienen soll. Wagnermeister Weber wird die über 30 Mann zählende Wehr führen.

D3. Vuchel, 23. Nov. Der Kraftpostverkehr Baden-Mannheim-Eberbach brachte in den drei Monaten August-Oktober 6477 M. Überschuf.

Hd. Ettenheimmünster, 23. Nov. Die Teilstrecke der Nebenbahn von hier nach Rünchweiler der Nebenbahn nach Ettenheim, wird am 4. Dezember in Betrieb genommen.

Hd. Billingen, 23. Nov. Der in China von Banditen erschossene Franziskanerpater Hermengild Wäldele stammt, wie uns mitgeteilt wird, aus Dierkirch in Baden und war der Sohn des Messerschmiedes Karl Wäldele. Den Weltkrieg hat er als Leutnant der Artillerie mitgemacht und trat dann in München in das Franziskanerkloster ein. Vor drei Jahren wurde er zum Pfarrer geweiht und feierte in Dierkirch sein Primiz. Erst vor Jahresfrist war der junge Pater in die Mission nach China gezogen.

W. Cannstatt, 23. Nov. Das große Schöffengericht verurteilte heute den Lichtpauser Bahn von den Normawerken zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis und den Ingenieur Kohl, der früher bei den Normawerken angestellt war, zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus. Sahn hatte auf Veranlassung Kohls den Normawerken wertvolle Maschinen und wichtige Betriebsgeheimnisse entwendet, die dieser an auswärtige Firmen verkaufte. In dieser Angelegenheit sind auch die Berliner Maschinenwerke verwickelt.

Verschiedenes

Autounfall des Reichstagsabgeordneten v. Nischhofen. Pr. Berlin, 24. Nov. (Tel.). Wie die „B. Z.“ berichtet, hatte Reichstagsabgeordneter Freiherr v. Nischhofen gestern einen Autounfall. Gegen Abend stieß sein Kraftwagen in der Nähe des Schlosses Bellevue mit einem anderen zusammen. Dabei erlitt Freiherr v. Nischhofen Verletzungen im Gesicht und eine leichte Gehirnerschütterung. Er war außerstande, an der Kränkung der Auslandsdeutschen, wo er als Vertreter der Demokratischen Partei erwartet wurde, teilzunehmen. Sein Befinden hat sich heute vormittag gebessert.

Fischnur in Labach

W. Veking, 24. Nov. (Tel.). Von zuverlässiger englischer Quelle wird jetzt bestätigt, daß sich der forschungsreisende Wilhelm Fischnur unter den Tibetanern in Nagdusa angehaltenen und nach Labach geführten Fremden befindet.

Die Schachweltmeisterschaft

W. Buenos Aires, 24. Nov. (Tel.). Aljechin gewann das 5. Spiel in dem Kampf um die Schachweltmeisterschaft, indem er den bisherigen Inhaber Capablanca nach 73 Zügen im 32. Spiel besiegte. Aljechin muß noch einmal siegen, um die notwendigen sechs Spiele gewonnen zu haben. Capablanca hat bisher nur dreimal gewonnen.

Eine hiesige Piratenbande zum Tode verurteilt. W. B. Gonalons, 24. Nov. (Tel.). Die Geschworenen erklärten einstimmig die sieben Mitglieder der Piratenbande, die den Dampfer „Irene“ am 21. Oktober weggenommen hatte, für schuldig. Alle sieben Mann wurden zum Tode verurteilt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Nov.		23. Nov.	
	Gold	Brief	Gold	Brief
Amsterdam 100 G.	168.95	169.29	168.87	169.27
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.16	112.15	112.37
Italien . . . 100 L.	22.78	22.82	22.78	22.82
London . . . 1 Pf.	20.396	20.434	20.397	20.437
Newyork . . . 1 D.	4.1825	4.1905	4.1830	4.1910
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.655	80.815	80.67	80.83
Wien 100 Schilling	58.96	59.08	58.96	59.08
Brag . . . 100 Kr.	12.398	12.418	12.394	12.417

Verkaufschluß bei Fuchs-Waggon, Heidelberg. Die Bilanz der F. Fuchs, Waggonfabrik A.-G., Heidelberg, für das Geschäftsjahr 1926/27 schließt mit einem Verlust von 498 839 Reichsmark ab, welcher aus der noch vorhandenen besonderen Reserve aus der Kapitalzusammenlegung gedeckt werden soll. Der Auftragsengang war so gering, daß weitere Betriebseinschränkungen vorgenommen werden mußten; erst in den letzten Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres konnten größere Bestellungen hereingenommen werden, so daß wieder Arbeiterentlassungen erforderlich wurden. Die Hebung des Umsatzes wird sich aber erst im neuen Geschäftsjahr auswirken.

Schließung einer badischen Förderanlagenunternehmung. Die Gesellschaft für Förderanlagen Ernst Heffel m. b. H. in Saarbrücken beabsichtigt, ihre in Achern unter der Firma Gesellschaft für Förderanlagen Ernst Heffel m. b. H., Achern, betriebenen Werke abzustufen, da unter den veränderten Verhältnissen kein Bedürfnis mehr besteht, außerhalb des Saargebietes eine Fabrikationsstätte zu unterhalten, und nachdem die finanzielle Stabilisierung des Saarländer Unternehmens auf anderem Wege durchgeführt wurde.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Errichtung der Filialstrangengemeinde Schatthausen. Das Erzbischöfliche Ordinariat hat entsprechend der vom Staatsministerium mit Entschickung vom 26. September 1927 Nr. 10596 erteilten staatlichen Genehmigung unterm 24. Oktober 1927 (Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 23 vom 26. Oktober 1927) für die Katholiken, die auf der Gemarkung Schatthausen (Amt Wiesloch) wohnen, unter deren Befehlung im Pfarrverband Gauangeloch mit Wirkung vom 1. April 1927 eine selbständige rechtspersonliche Filialstrangengemeinde errichtet.

Karlsruhe, den 17. November 1927.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
J. v. Dr. Huber.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriewachmeister Ernst Raupp in Unterwiesbaden, Amt Tauberbischofsheim.
Zurückgesetzt:
Polizeikommissar Adam Verlies in Forzheim.
Verstorben:
Verwaltungsobersprecher Wilhelm Rehmann bei der Polizeidirektion in Baden.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe in Baden.

Zweite Aufforderung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung im Reichsanzeiger vom 24. Oktober 1927 fordern wir nochmals unsere Aktionäre auf, ihre Aktien nebst Gewinnanteil- und Erneuerungsscheinen

bis 31. Januar 1928 einschließlich

bei den nachstehenden Stellen mit doppeltem arithmetisch geordnetem Nummernverzeichnis während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden einzureichen:

- in Karlsruhe bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe,
- in Mannheim bei der Rheinischen Creditbank, Mannheim,
- in Frankfurt a. M. bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M.,
- in Berlin bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, in Köln bei dem Bankhaus Sal. Oppenheimer jr. & Cie., Köln a. Rh.

Dieserigen Aktien, die nicht fristgemäß eingereicht oder die zwar eingereicht werden, aber eine Zusammenlegung im Verhältnis 5 : 2 nicht gestatten, und die der Gesellschaft nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt werden, wird die Gesellschaft nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften für kraftlos erklären.

An Stelle der kraftlos erklärten Aktien werden entsprechende neue Aktien zu RM 100 ausgegeben. Diese neuen Aktien werden für Rechnung der Beteiligten zum Börsenkurs oder durch öffentliche Versteigerung verkauft. Der Erlös wird den Beteiligten nach Verhältnis ihres Aktienbesitzes ausbezahlt.

Gleichzeitig fordern wir unter Hinweis auf § 289 BGB. unsere Gläubiger auf, ihre Ansprüche anzumelden.

Karlsruhe, den 22. November 1927.

Der Vorstand.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit
Öffentliche Zustellung
einer Klage.

9.955.2.1. Offenburg.
Der Rechtsanwalt Al-
bert Levi in Offenburg

Klagt gegen den Kaufmann
Geinrich Haed, früher in
Lehr, jetzt unbekanntem
Aufenthaltsort, unter der
Aussage, daß er den Be-
klagten als Prozeßbevoll-
mächtigten in dem Rechts-
streit „Meurer/Haed“ J.
G. 152/25 beim Landgericht

Öffentliche Sparkasse Niefern.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	5 547,55	1. Spareinlagen	167 903,37
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post- scheckamt	68 046,49	2. Giroeinlagen	9 015,10
3. Wertpapiere	9 448,—	3. Rücklagen:	
4. Darlehen auf Hypotheken	93 160,—	a) von früheren Jahren	32,88
5. Darlehen auf Schuld- scheine	4 875,—	b) Aufwertungsstock	1 659,18
6. Gerätschaften	57,15	4. Reingewinn vom Jahre 1926	2 523,66
	181 134,19		181 134,19

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
3% aus 167 903 RM Einlagen 13 432,26 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 2 566,54 RM
Somit zu wenig 10 875,72 RM

Niefern, den 6. Juli 1927.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Kling, Bürgermeister.
Der Geschäftsführer: Gräfe.

Offenburg anwaltschaftlich
betretet habe, der Be-
klagte ihn hierfür ein-
schließlich 50 RM Verzugs-
kosten 50,50 RM schulde
und die Zuständigkeit des
Amtsgerichts Offenburg
vereinbart sei, mit dem
Antrage auf kostenpflich-
tige, vorläufig vollstrec-
kbare Verurteilung des Be-
klagten zur Zahlung von
50,50 RM nebst 8 Prozent
Zins hieraus ab 1. Mai
1927.

Zur mündlichen Verhand-
lung des Rechtsstreits
wird der Beklagte vor das
Amtsgericht in Offenburg
Zimmer Nr. 6 auf
Donnerstag, den 25. Ja-

nuar 1928, vorm. 9 Uhr,
geladen.

Offenburg, 19. Nov. 27.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts.

9.965. Bühl. Das Kon-
kursverfahren über das
Vermögen des Obsthänd-
lers und Landwirts Jo-
hann Baumann, Andreas
Sohn, in Alsdorf, wor-
nach Abhaltung des Schluß-
termins und nach rechts-
kräftiger Bestätigung des
Zwangsvorgleichs aufgeho-
ben.

Bühl, 19. Nov. 1927.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

9.963. Gengenbach. Über
das Vermögen des Lu-
dwig Spilmüller, Inhaber
des Kurhauses Nordrach
in Nordrach, wurde heute
nachmittag 3 Uhr das Ver-
gleichsverfahren zur Ab-
wendung des Konkursver-
fahrens eröffnet. Zur Ver-
trauensperson ist ernannt:
Oberleutnant a. D. E.
Wöck, vereidigter Bücher-
revisor in Schiltach. Dem
Ludwig Spilmüller ist all-
gemein verboten, über sein
Privatvermögen ohne Zu-
stimmung der Vertrauens-
person zu verfügen. Ter-
min zur Verhandlung über
den Vergleichsvorschlag ist
bestimmt auf Mittwoch,

den 14. Dezember 1927,
vormittags 8 1/2 Uhr. Der
Antrag auf Eröffnung des
Vergleichsverfahrens nebst
seinen Anlagen und das
Ergebnis der bisherigen
Ermittlungen sind auf der
Gerichtsschreiberei zur Ein-
sicht der Beteiligten nieder-
gelegt.

Gengenbach, 19. Nov. 27.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

9.964. Wolfach. Im Kon-
kursverfahren über den
Nachlaß des Holzhändlers
Eduard Kleinbusch alt in
Wolfach wurde Termin
zur Abnahme der Schluß-
rechnung des Verwalters
sowie zur Erhebung von
Einwendungen gegen das
Schlußergebnis auf
Dienstag, den 20. Dezem-
ber 1927, nachm. 3 1/2 Uhr,
bestimmt.

Wolfach, 21. Nov. 1927.
Amtsgericht.

Karlsruhe. 9.947
Güterrechtsregister-
einträge.

1. Zu Band XI, Seite
483: Linder Adolf, Ver-
waltungsassistent a. D.,
Anielingen, und Anna geb.
Kiefer. Vertrag vom 18.
Oktober 1927. Gütertren-
nung. 15. 11. 1927.

2. Seite 484: Weber,
Wilhelm, Schleifer, Karls-
ruhe, und Emma geb. Kö-
fer. Vertrag vom 16. Nov.
1927. Gütertrennung.
19. 11. 1927.

Badisches Amtsgericht.

Schopfheim. 9.956
Güterrechtsregister-
eintrag. Band I Seite 333: Leh-
mann, Ludwig, Wirt in
Wilsen, und Ida geb.
Müller. Vertrag vom 9.
November 1927. Güter-
trennung des BGB.
Schopfheim, 21. Nov. 27.
Bad. Amtsgericht.

Badisches Landestheater

Freitag, 25. November 1927

* F 11 (Freitagmiete)
Tb.-Gem. 901-1000

Reinbjagd

von Reinhard Blume
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Anja Balabanowa Ematich
Ogan u. d. Tenné
Gagolin
Baron Firké Schulz-Weiden
Smigal
Waul
Lifaweta
Bankin
Olga
Spuller

Anfang 20 Ende 22 1/2
I. Rang und I. Sperrsitze
5 RM

Sa. 26. Nov.: Zuerstmal:
Ein Trauerspiel. Sa. 27. Nov.
vormittags: Erstes Jugend-
konzert, nachmittags: Spiel
im Schloß, abends: Samson
und Dalila. Im Konzertth.:
Weekend.

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich
abends 8 Uhr
Die lachende
Revue

Freut euch
des Lebens!